

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 pbbn d



## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, verurteilt das rassistische "Heidelberger Manifest".

Seite 1/2

Egon Lutz MdB kritisiert die neue Zumutbarkeitsregelung der Bundesanstalt für Arbeit: Nach kurzer Zeit wird jede Arbeit zumutbar.

Seite 3/4

Uwe Jens MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß, setzt sich erneut für Zinssenkungen ein.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 37

24. Februar 1982

Diese Saat darf nicht aufgehen!

Anmerkungen zum "Heidelberger Manifest"

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

An das düsterste Kapitel der deutschen Vergangenheit erinnert, was kürzlich überall Entsetzen auslöste: das sogenannte "Heidelberger Manifest". Deutsche Professoren - und das zählt ja etwas - sorgen sich darin öffentlich um die "Erhaltung des deutschen Volkes" wegen "großer Massen nicht-deutscher Ausländer" in der Bundesrepublik. Das fragliche Machwerk hat bedrohliche Ähnlichkeit mit rassistischen und nazistischen Schriften. Es muß ganz entschieden verurteilt werden, um gefährlichen Anfängen zu wehren. Darüber hinaus haben wir einen mühsam erlangten guten Ruf zu verlieren.

Mit eindeutigen Parolen schockte das professorale Manifest vor einigen Wochen die Öffentlichkeit: "Unterwanderung des deutschen Volkes", "ethnische Katastrophen multikultureller Gesellschaften", "erhaltenswerte Völker" und dergleichen mehr. Dennoch fühlen sich die Unterzeichner "mißverstanden" und zu Unrecht in eine verrufene Ecke gedrängt! Jene "vorläufige", durch "Indiskretion" bekannt gewordene Fassung, so erklären sie jetzt, sei "nur zur Gewinnung weiterer Unterzeichner bestimmt" gewesen. Wollten die Professoren also zunächst im Untergrund die Emotionen schüren? Ist die endgültige Form vom 31. Januar 1982 nur aus taktischen Gründen mit einem harmloseren Mäntelchen verkleidet?

Starken Tobak enthält das überarbeitete Manifest auch jetzt noch reichlich. Danach ist die Erhaltung des deutschen Volkes "gefährdet", "viele Deutsche fühlen sich fremd in ihrer eigenen Heimat", die Wiedervereinigung ist in Gefahr, wenn "sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden". Weitere Aussichten: "Welche Zukunftshoffnung haben unsere eigenen Kinder?" und "nur lebensfähige deutsche Familien können unser Volk erhalten". Zu Recht rückt der Schweizer Staatsrechtler Professor Dr. Peter Schneider dies alles in die Nähe des Hitler-Postulats, "daß das Blut rein erhalten bleibt" (Mein Kampf S. 444).



Nicht nur wegen der gebrauchten Worten sollten wir wachsam sein. Das Manifest ist aus verschiedenen Gründen besonders gefährlich:

- es nährt bereits vorhandene Strömungen
- es fällt in eine Zeit mit wirtschaftlichen Problemen
- es strahlt Wissenschaftlichkeit aus
- es beruft sich ausgerechnet auf das Grundgesetz

Ohne Zweifel keimt hier und da in der Bevölkerung eine gewisse Ausländerfeindlichkeit auf, die keinesfalls "gesundes Volksempfinden" darstellt, sondern unmenschlich und bekämpfenswert ist. Wegen dieser Tendenz aber kann das Heidelberger Manifest Erfolg haben. Kein Wunder, daß bereits ein "Schutzbund für das deutsche Volk" auf den Plan getreten ist! Auch wenn sich die Professoren des Manifestes überwiegend von dem Bund distanzieren, so ist er doch ein Keim aus Ihrer Saat. Was wird noch folgen?

Auf fruchtbaren Boden fällt das Gedankengut des Manifestes auch deshalb, weil viele Bundesbürger die hohen Arbeitslosenzahlen und wirtschaftliche Zukunftssorgen bedrücken. So manchem Zeitgenossen wäre es ganz recht, die Ausländer als Sündenböcke und untragbare Belastung hinstellen zu können. Allzu leicht gerät in Vergessenheit, daß wir ihnen einen großen Teil unseres Wirtschaftswunders und Lebensstandards verdanken.

Nicht irgendwelche Bürger, sondern Professoren haben das Manifest unterzeichnet - auch das sichert einen gewissen Einfluß. Zum einen wird die Ausländerfeindlichkeit durch achtbare Titel salonfähig, zum anderen erwecken professorale Unterschriften den Anschein von Wissenschaftlichkeit, der stets beeindruckt oder gar als Garantie für Richtigkeit gilt. Einer der Beteiligten soll selbst geäußert haben: "Als Wissenschaftler sehen wir die Dinge von einer höheren Warte aus!"

Durch seine Berufung auf das Grundgesetz versucht sich das Manifest geradezu arglistig über alle rechtsstaatlichen Zweifel zu erheben, leistet doch jeder, der in diesem Staate Verantwortung trägt, einen Eid auf die Verfassung. In der Tat ist dort von "deutschem Volk" die Rede und auch von seinem "Wohl". Man kann den Vätern des Grundgesetzes jedoch nicht unterschieben, sie hätten damit die rassische "Erhaltung" der Deutschen sichern wollen. Auch das Bundesverfassungsgericht geht in seiner Entscheidung zum Grundlagenvertrag nicht vom einrassigen deutschen Volk aus, sondern vom Staatsvolk als politischer Nation.

Statt uns "unterwandert" zu fühlen, sollten wir wachsam sein. Die Achtung, das Verständnis, die Verantwortung und Hilfsbereitschaft für die Ausländer in unserem Land bedarf gerade jetzt der Stärkung.

(-/24.2.1982/ks/hgs)



Warten auf die Selbstverwaltung

Der Gesetzgeber ist der Frage: "Was ist zumutbar?" ausgewichen

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises

Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der Ärger war vom Gesetzgeber vorprogrammiert, man muß das selbstkritisch eingestehen. Mit dem Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz (AfKG) hat der Bundestag erneut die Auseinandersetzung um das leidige Thema, welche Tätigkeit ab wann einem Arbeitslosen zumutbar sei, losgedreht. Er hat nämlich der Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit auferlegt, bis zum 31. März dieses Jahres neue - und das konnte nach Lage der Dinge nur heißen: verschärfte - Zumutbarkeits-Definitionen zu finden. Denn bis in die höchsten Kabinettsränge hinein hatte sich der Argwohn festgefesselt, die deutschen Arbeitslosen würden verhätschelt und es würde ihnen weniger zugemutet als dem in            stehenden, der mit seine Beiträgen das Ausruhen in der sozialen Hängematte finanziere. Das war zwar eine schrecklich versimpelte Sicht der Dinge, aber gegen allerhöchste Vorurteile ist der sozialpolitische Sachverstand noch allemal machtlos.

Fristgerecht hat nun die Verwaltung der Bundesanstalt für Arbeit den Entwurf einer Zumutbarkeits-Anordnung vorgelegt und damit ist der Streit darum, was zumutbar ist und was nicht, in sein entscheidendes Stadium getreten. Man kann den Beamten in der Nürnberger Hauptstelle nicht vorwerfen, daß sie höchst beflissen dem vermeintlichen Willen des Gesetzgebers nachzukommen versuchten, und ein paar recht ärgerliche Klopse in den Entwurf der Anordnung hineingenommen haben. Das ist allein die Schuld des Gesetzgebers, der ein heißes Eisen von sich wegschob und an andere weiterreichte. Der Ärger wird ihm trotzdem am Hemd kleben bleiben und das mit Recht. Man muß aber gleichwohl die Selbstverwaltung bitten, nicht jeden Unsinn nachzuvollziehen. Die Selbstverwaltung steht nicht unter der Kuratel des Gesetzgebers. Sie soll entscheiden, was sie für angemessen hält. Und wenn dem Bundestag das nicht passen sollte, dann mag er sich endlich zu einer zweifelsfreien und vernünftigen gesetzlichen Definition aufraffen.

Weit davon entfernt, den Verwaltungs-Entwurf nun in Grund und Boden zu verdammnen, denn die eine oder andere Präzision ist durchaus vernünftig, soll doch an einigen markanten Ecken Kritik geübt werden. So hat die Verwaltung, um ein Raster für zumutbare Tätigkeit zu finden, fünf Qualifikationsstufen ausgearbeitet, in die nun jeder Arbeitslose hineinkatalogisiert wird. Der Sinn ist, daß ihm nach einer gewissen Zahl von Monaten immer dann die nächst niedrig qualifizierte Tätigkeit zugemutet werden kann, wenn in seinem eigentlichen Qualifikationsbereich keine Beschäftigung zu finden ist. Irgendwann landen dann alle in der niedersten Qualifikation und es ist ihnen dann eine jegliche Beschäftigung zumutbar. Schon das ist ein höchst fragwürdiges Abqualifikationsraster - eben weil es nirgendwo ein Halten gibt. Aber schlimmer noch erscheint, daß hier offensichtlich Akademiker für ihresgleichen Qualifikationsmerkmale ersonnen haben. Entsprechend lang ist deren Weg nach unten, während jeder Facharbeiter sich nach einem halben Jahr bereits im Keller des Rasters wiederfindet.

Auch auf anderem Feld löst die Fleißarbeit der Verwaltung Kopfschütteln aus. War's nun Absicht, oder Schlamperie oder beides: Jedenfalls ist man mit Fleiß bemüht, das Risiko Arbeitslosigkeit zu privatisieren. Das geschieht dadurch, daß man die Bundesanstalt und damit die Arbeitsämter von der Verantwortung entlastet, dem Arbeitnehmer



eine seiner Qualifikation entsprechende Tätigkeit anzubieten und dafür dem Arbeitslosen selbst die Verantwortung dafür aufhalst, einen Arbeitsplatz beizubringen. Das ist nun fast schon zynisch angesichts der nicht vorhandenen Arbeitsplätze und es ist sehr zu hoffen, daß die Selbstverwaltung diesen Weg der Privatisierung nicht mitgeht.

Demgegenüber wiegt die Feststellung, daß dem Arbeitnehmer täglich ein bis zu dreistündiger Weg von und zur Arbeit zugemutet werden kann, fast schon human. Obwohl sie natürlich absolut unzumutbar erscheint. Selbst wenn es Arbeitnehmer gibt, die eine solche tägliche erschwerte Plackerei auf sich nehmen, zwingen dazu darf man sie nicht. Denn wo ist da ein Halt. Es würde praktisch genügen, jede unzumutbare Tätigkeit nur deshalb für zumutbar zu erklären, weil es irgendwo Arbeitnehmer gibt, die sich aus welchen Gründen auch immer, einer solchen Zumutung beugen. Das kann aber nie Sinn der Sache sein.

Man sieht: Der Selbstverwaltung wird noch ein schönes Stück Arbeit übrigbleiben, die Anordnung zumutbar zu machen. In der Tat wäre es sehr wünschenswert, wenn sich die Sozialparteien (und den Vertretern der öffentlichen Hand kommt hier ganz gewiß nicht eine Schiedsrichter-Rolle zu) auf gemeinsame Definitionen und Festlegungen einigen würden. Sollte indes mit Hilfe der öffentlichen Hand gegen die Gewerkschaften Unzumutbares beschlossen werden, dann kann man die IG Metall nur nachhaltig darin bestärken, die verletzte Menschenwürde, auf die auch ein Arbeitsloser Anspruch hat, durch die Gerichte wieder herstellen zu lassen. Schlimm wäre es, wenn es dazu kommen müßte.

Im übrigen ist das Ganze eine typisch deutsche Gespensterschlacht: Bei knapp zwei Millionen Arbeitslosen und nur einem Zehntel offener Stellen kommt es nicht darauf an, die Arbeitslosen weiter zu demütigen, sondern darauf, eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Dazu bedarf es keines irgendwie gearteten Zumutbarkeitskatalogs, sondern des konzertierten Handelns aller am Wirtschaftsleben Beteiligten.

(-/24.2.1982/bgy/ru)

+ + +



**Unsere Leistungsbilanz ermöglicht Zinssenkung**

Die Wirtschaftsprobleme kommen gegenwärtig aus den USA

Von Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß des Bundestages

Präsident Reagan will an der Hochzinspolitik festhalten, wie er soeben wieder öffentlich versichert hat, und unser wackerer Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff wird sie in den USA dennoch scharf kritisieren.

Man kann Graf Lambsdorff dabei nur die Daumen drücken; denn das eigentliche Übel unserer wirtschaftlichen Probleme kommt schon lange nicht mehr aus den OPEC-Ländern oder Japan, sondern aus den USA. Die exorbitant hohen Zinsen in den USA führen dazu, daß Kapitalbesitzer eben keine Maschinen oder Gebäude kaufen, sondern Kapitalmarktpapiere. Der homo oeconomicus hat überhaupt keine andere Wahl, wenn er rational handelt.

Ohne Zweifel ist auch der Spielraum der deutschen Bundesbank durch diese Hochzinspolitik der USA stark begrenzt. Dennoch meine ich, daß die Bundesbank mehr Spielraum hat als sie zur Zeit nutzt. Da die Bundesregierung mit ihrer Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität gehandelt hat, sind jetzt in erster Linie die anderen Verantwortlichen für Wirtschaftspolitik, wie die Tarifvertragsparteien, die Unternehmen und die Bundesbank an der Reihe.

Der jüngste Monatsbericht der deutschen Bundesbank liefert bedauerlicherweise erneut ein ideologisches Rechtfertigungstheater für ihre Zins- und Geldmengenpolitik. Der "Schwarze Peter" wird wieder einseitig den Tarifvertragsparteien zugeschoben; obgleich jeder weiß, daß am Ende dieses Jahres abermals eine Reallohnsenkung für die deutschen Arbeitnehmer herauskommen wird.

Dabei verlangt von der Bundesbank keiner "forcierte" Zinssenkungen, wie sie schreibt. Aber das Hamburgische Weltwirtschaftsarchiv (HWNA) hat Recht, wenn es eine gewisse Zinssenkung wegen abnehmender Inflationsrate und zurückhaltender Nettokreditaufnahme für möglich hält. Wenn Vertrauen im internationalen Kapitalverkehr eine wichtige Rolle spielt, so ist es heute eher gegenüber der Bundesrepublik angebracht als gegenüber den USA mit ihrem gewaltig angestiegenen Haushaltsdefizit von über 100 Milliarden Dollar.

Im übrigen rechtfertigen die Zuwachsraten des deutschen Exports immer große Hoffnungen auf eine ausgeglichene Leistungsbilanz in diesem Jahr. Die Erfolge im abgelaufenen Jahr waren bereits erheblich und sie sind auch zum Teil auf den günstigen Wechselkurs der DM für unsere Exportwirtschaft zurückzuführen, was von der Bundesbank geflissentlich übersehen wird. Dieser Export, die letzte Stütze unserer konjunkturellen Entwicklung, hat viele Arbeitsplätze in unserem Lande gesichert. Arbeitsplätze sichern und schaffen ist jedoch zur Zeit die wichtigste Aufgabe der heutigen Wirtschaftspolitik, und "die deutsche Bundesbank ist verpflichtet, unter Wahrung ihrer Aufgaben die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen." So steht es im Paragraph 12 des geltenden Bundesbankgesetzes. (-/24.2.1982/ks/hgs)

+ + +

